

„Stoppt Gewalt an Frauen!“



„Stoppt Gewalt an Frauen!“ fordern (von links): Heinz Peltzer, Nermin Ermis, Bruno Voß, Dr. Jadigar Kesdogan, Julia Hoffmann, Eva Hanchi und Ann-Kathrin Steibert. Foto: Stephan Johnen

STEPHAN JOHNEN

DGB, Verdi und der Verein Goldrute wollen, dass der Schutz von Frauen im Kreis Düren nicht von der Kassenlage abhängig gemacht wird.

KREIS DÜREN Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet und hat viele Gesichter. „Am häufigsten passiert sie dort, wo man sich am sichersten fühlen sollte: Zuhause in der Familie, meistens wird sie vom Partner oder Ex-Partner ausgeübt“, sagt DGB-Gewerkschaftssekretärin Ann-Kathrin Steibert. Bis heute gehöre häusliche Gewalt gegen Frauen zur Normalität unseres gesellschaftlichen Lebens, in NRW nimmt Gewalt gegen Frauen zu – häuslich und auch am Arbeitsplatz. „Stoppt Gewalt an Frauen! Unzureichender Schutz ist unerträglich und darf nicht an knappen Kassen scheitern“, lautet daher eine in dieser Woche in Düren gemeinsam formulierte Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) im Kreis Düren, der sich auch der Vorstand des Vereins Goldrute, dem Migrantinnen-Netzwerk gegen häusliche Gewalt im Kreis Düren, anschließt. Der DGB unterstützt die Arbeit von Goldrute zudem mit der Übergabe einer Spende.

Kostenloser Rechtsanspruch

Hintergrund der gemeinsamen Forderung ist das bereits 2025 auf Bundesebene verabschiedete Gewalthilfegesetz, das bis zum Jahr 2032 einen schrittweisen, individuellen und kostenlosen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt vorsieht. In Nordrhein-Westfalen wird derzeit über das entsprechende Ausführungsgesetz beraten, das die Organisation, die verlässliche Finanzierung und die Anerkennung von Trägern für Frauenhäuser sowie Fachberatungsstellen ab Januar 2027 regelt. Zwar verfüge NRW bereits über eine „solide Beratungsinfrastruktur“, doch die zur Verfügung gestellten Mittel für Fachberatungsstellen und Frauenhäuser würden bei weitem nicht ausreichen, um den weiter steigenden Bedarf gerecht zu werden. „Das Bundesgesetz fordert etwas, was auf Landesebene ‚vorbehaltlich der Finanzen des Landes‘ umgesetzt werden soll. Wir erleben aber leider, dass an allen Ecken und Enden gekürzt wird“, kritisiert Ann-Katrin Steibert. „Gewalt gegen Frauen wird nicht ernstgenommen, das Problem wird verschleppt“, fügt Dr. Jadigar Kedogan, Vorsitzende des Vereins Goldrute, hinzu. Allein 2025 sei die Zahl der Beratungsfälle um fast zehn Prozent gestiegen, der Bedarf sei groß, die vermutete Dunkelziffer sehr hoch.

Forderung an Berlin

DGB, Verdi und auch Goldrute fordern von der Bundesregierung einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe bei Gewalt, einen einheitlichen Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern sowie eine Beteiligung des Bundes an der Regelfinanzierung. Die Landesregierung müsse die Finanzierung von Schutzorten und Beratungsstellen sicherstellen. Der Schutz vor Gewalt könne keine freiwillige Ausgabe im Haushalt sein. „Es fehlen verantwortliche Macher, die dieses Thema zu einem Spitzenthema machen. Die Verantwortlichen verstecken sich hinter der Haushaltspolitik, hinter Juristen und Betriebswirten. Anstatt Angebote auszuweiten, werden Landesmittel gekürzt“, fordert Bruno Voß vom Verein Goldrute ein Umdenken und ein konsequentes und bedingungsloses Eintreten für den Schutz vor Gewalt an Frauen.

Schutzplätze fehlen

„Wir positionieren uns klar und entschieden gegen jede Form von Gewalt an Frauen und fordern den Schutz vor häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt in der Gesellschaft sowie den Schutz vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz“, betonte Heinz Peltzer, Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Düren-Jülich. Bundesweit fehlen laut Gewerkschaftsangaben tausende Schutzplätze in Frauenhäusern, die Umsetzung von Gesetzen und Konventionen sei nicht konsequent genug, oft mangle es an einer verlässlichen und dauerhaften Finanzierung von Schutz- und Beratungsangeboten. Auch werde Gewalt an Frauen gesellschaftlich nach wie vor tabuisiert beziehungsweise

totgeschwiegen. In der Arbeitswelt sieht der DGB die Arbeitgeber in der Pflicht, eine klare Haltung gegen Diskriminierung und Belästigung einzunehmen und transparente Beschwerdestellen einzurichten, das Führungspersonal zu sensibilisieren. Peltzer: „Der DGB fordert einen konsequenten Arbeitsschutz, der auch psychische Belastungen, verbal und körperlich abwertendes Verhalten sowie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz einschließt.“

„Gewalt gegen Frauen ist nicht nur eine Beziehungstat, wie es oft vorschnell abgetan wird, sondern ein strukturelles Problem, ein gesamtgesellschaftliches Problem“, betont Eva Hanchi von Verdi. Frauen, die Gewalt erlebt haben, würden zu oft mit ihrer Traumatisierung alleingelassen, es sei oft der Beginn eines Kreislaufs, der auch die Arbeitswelt und das seelische Wohl von Kindern mit einbezieht. Notwendig sei auch eine bessere Schulung und Sensibilisierung von Vertretern der Justiz, die Einführung eines eigenständigen Straftatbestandes für Femizide. Eva Hanchi: „Wir Frauen müssen einfach mehr aufstehen, alle zusammen. Ein gewaltfreies Leben sollte uns alle interessieren!“